

Menschenwürde unter die Räder gekommen

Entwicklungsaggression als neue Herausforderung für die Menschenrechte — Die Philippinen als Fallbeispiel

von Niklas Reese

Die Gesellschaften des Westens sind auf manches stolz, doch nichts scheint ihnen so heilig zu sein wie die Menschenrechte. Sie sind das Herzstück der Aufklärung und basieren auf dem einfachen, doch immer wieder revolutionären Grundsatz, daß das Lebensrecht und die Würde jedes Menschen auf gleiche Weise überall und zu jeder Zeit zu schützen sei.

Dabei standen die ›klassischen Menschenrechte‹, nämlich die zivilen und politischen Rechte, im Mittelpunkt der internationalen Menschenrechtsarbeit. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte) wurden lange als zweitrangig betrachtet.

In Folge der zunehmenden Ökonomisierung unserer Gesellschaften rücken sie nun verstärkt ins Blickfeld. Arbeitslosigkeit und prekäre, d.h. ungeschützte und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse, der Abbau des Sozialstaates, Umweltzerstörung, Landenteignung oder Vertreibungen, werden stärker als Gefahren für die Menschenwürde wahrgenommen. Denn sie berauben immer mehr Menschen ihrer existentiellen und materiellen Grundlagen, derer es bedarf, um überhaupt politische und bürgerliche Rechte in Anspruch zu nehmen.

In den Ländern der ›Dritten Welt‹ sind es besonders die Strukturanpassungsprogramme des IWF, die zu Verletzungen von WSK-Rechten führen.

Niklas Reese ist Sozialwissenschaftler und Theologe und arbeitet zur Zeit in verschiedenen Funktionen im philippinenbüro und im Asienhaus.

Wirtschaftswachstum und ein verengter Entwicklungsbegriff dienen als Rechtfertigung für die Verletzung von Menschenrechten. Erst kommt Entwicklung, dann die Menschen — da befinden sich Neoliberalismus und die autoritären Verfechter der ›asiatischen Werte‹ in einer auffälligen Denkgemeinschaft. Für so geartete Verletzungen der Menschenrechte hat sich der Begriff ›Entwicklungsaggression‹ eingebürgert.

Entwicklungsaggression als Ursache klassischer Menschenrechtsverletzungen

Entwicklungsaggression führt vielerorts zu Verletzungen der klassischen Menschenrechte. Standorte von Entwicklungsprojekten sind zugleich die Orte, an denen die meisten Militäroperationen und Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen sind. Gegenden werden unter dem Vorwand militarisiert, dies diene der Aufstandsbekämpfung, tatsächlich aber werden die Bewohner vertrieben, um die Gegend für eine möglichst ungestörte Erschließung und Nutzung durch (meist ausländische) Konzerne vorzubereiten. In den letzten beiden Jahren sind ca. 160.000 Menschen von solchen ›Evakuationen‹ betroffen gewesen. Dorfbewohner werden in strategische Weiler zwangsweise evakuiert (*hamletting*), auch wenn dabei ihre tägliche Arbeit unterbrochen und oft zunichte gemacht wird. Nutztiere sterben und Felder verkommen, die Selbstversorgung wird damit nachhaltig geschädigt.

Über aufständische Dörfer werden Nahrungsmittelblockaden verhängt, der Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten, Häuser und Eigentum werden zerstört. Teilnehmer an Protestaktionen werden verhaftet, Siedler, die sich der Vertreibung von ihrem Land widersetzen ebenso. Entwicklungsarbeiter und Führer von Gruppen, die sich der unsozialen Entwicklungspolitik entgegenstellen, werden unter erdichteten Tatvorwürfen willkürlich lange hinter Gitter gesperrt oder als Kommunisten bezichtigt (*red-labeling*).

Bauern werden ermordet und erst im Juni wurde der Regionaldirektor des Umweltministeriums für Zentralluzon von einem vermutlich vom *big business* geheuerten Killer umgebracht, da er ihre Geschäftsinteressen schädigte. Nicht immer verletzen Regierungsorgane, Militär und Polizei in diesen Fällen aktiv die Menschenrechte, doch bleiben sie bei Menschenrechtsverletzungen durch Miliz und die Söldnertruppen der multinationalen Unternehmen untätig. Bestechung von lokalen Amtsträgern und von Stammesführern tun ihr Übriges.

Beispielhaft für diese Fälle ist das kanadische Bergbauunternehmen TVI Pacific, das, mit weitreichenden Hoheitsrechten ausgestattet, als Staat im Staate auf Mindanao agieren darf und kaum fürchten muß, jemals für Menschenrechtsverletzungen und Gesetzesverstöße zur Rechenschaft gezogen zu werden. Wer den Standort für das Kapital attraktiv machen will, muß auch im rechten Moment ein Auge zudrücken können.

Philippines 2000 — Neoliberalismus pur

Noch eklatanter als die klassischen Menschenrechte verletzt ›Entwicklungsaggression‹ auf den Philippinen die WSK-Rechte. Neben den Strukturanpassungsprogrammen des IWF ist das Entwicklungsprogramm *Philippines 2000* Ursache dafür. Ziel des Ganzen: Die Philippinen ›weltmarktauglich‹ machen, indem die Wirtschaft zunehmend industrialisiert, dereguliert und privatisiert wird.

Beseelt von dem Wunsch, nicht länger als der kranke Mann Asiens dazustehen, wird Wirtschaftswachstum zu einem Zweck an sich. Rhetorisch auf den ›Zug von menschlicher Entwicklung‹ aufgesprungen, wird die philippinische Wirtschafts- und Strukturpolitik de facto vom neoliberalen Dogma der ›Magie des Marktes‹ bestimmt.

Sozialpolitische Anliegen haben da kaum Platz, sei es weil der IWF Kürzungen im Sozialbudget zur Stabilisierung der Staatsfinanzen fordert, sei es weil man auf den ominösen Durchsickereffekt verweist, der ›irgendwann‹ auch die Armen am Wohlstand beteiligen werde.

Dabei hat auch eine Studie der Weltbank von 1996 festgestellt, daß Wachstum allein die Armut auf den Philippinen nicht beseitigen wird. Nicht eine arme und ›unterentwickelte‹ Gesellschaft sei Schuld an der Misere, sondern in erster Linie die extrem ungleiche Verteilung von Reichtum und ökonomischen Ressourcen.

Die Schuldenlast der Philippinen hat sich seit 1986 verdoppelt, die Auslandsschulden summieren sich mittlerweile auf 45,6 Milliarden US-Dollar. Zugleich hat sich jedoch sein Anteil am [steigenden] Brutto-sozialprodukt in den letzten Jahren vermindert, der Schuldendienst ist der größte Posten im gegenwärtigen Haushalt. Allein dieses Jahr wird das Land 6 Mrd US-Dollar für den Schuldendienst aufbringen müssen, mehr als es für Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft zusammen ausgibt. Die schrumpfenden staatlichen Einnahmen fließen in den Schuldendienst, in die Exportförderung und in den Ausbau der Infrastruktur, also vornehmlich in die Schlüsselproduktionszonen. Da diese auf den Welt-

markt und nicht auf eine Verbindung mit dem Hinterland ausgerichtet sind, trägt deren Ausbau kaum zu einer Entwicklung des Landes bei.

Investitionsfelder wie Bergbau oder Großplantagen, die besonders viel Erlös auf dem Weltmarkt versprechen oder bereits als weltmarktauglich gelten, werden staatlich subventioniert (etwa im Rahmen des ›Investment Priorities Plan‹ von 1996), mit Privilegien ausgestattet und für mehrere Jahre von der Steuerpflicht befreit. Zölle wurden gesenkt und die heimische Wirtschaft so stärker der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt.

Die Firmeninteressen der ausländischen Unternehmen werden Gemeinschaftsrechten und dem Anliegen einer gesunden, nachhaltigen Umwelt und einer politischen und ökonomischen Partizipation vorgezogen. Und das alles unter dem vagen und oft enttäuschten Versprechen, daß ausländische Konkurrenz zu höheren Investitionen, mehr Effizienz, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten, niedrigeren Verbraucherpreisen und zu besserem Service führen würde.

Leere Versprechungen

Hat denn der Neoliberalismus dabei sein Versprechen halten können, daß eine stärkere Marktorientierung letztlich auch den Armen zugute kommt?

Der erste Blick bleibt uneindeutig. Die Lebenserwartung hat sich verlängert (von 57,8 Jahren 1975 auf 65 Jahre 1995), die Analphabetenrate ist zurückgegangen, die Kindersterblichkeit ebenso.

Zugleich ist die Vermögens- und Einkommensungleichheit in den letzten drei Jahren konstant geblieben — wie der neuesten Studie des National Statistic Office [Quelle: PDI, 17.7.1998] zu entnehmen ist. Allein die obersten 10 Prozent haben ihren Anteil am Kuchen steigern können. Ihr Anteil am Volkseinkommen beträgt mittlerweile 39,7 Prozent (1994 noch 35,5 Prozent), sie verdienen das 23,8fache (1994: das 19fache) des Einkommens der untersten 10 Prozent, deren Gesamtanteil lediglich 1,7 Prozent beträgt. Die untersten 60 Prozent verfügen über nicht mehr als 24,1 Prozent des Volkseinkommens.

Absolut haben zwar alle gewonnen, doch diese Zugewinne sind für die unteren Einkommensschichten nicht der Rede wert. Weiterhin leben mehr als 40 Prozent der Bevölkerung unterhalb der (restriktiv definierten) Armutsgrenze. Zudem dürfte ein Großteil ihres gestiegenen Einkommens auf die zunehmende Integration in den Arbeitsmarkt zurückzuführen sein, denn eben jene neoliberalen Entwicklungsprogramme berauben sie zunehmend ihrer Subsistenzmöglichkeiten. Es ist zu vermuten, daß hier falsche Statistiken eine Verschlimmerung absoluter Armut verbergen.

Das Stadt-Land-Gefälle (oder besser: das Gefälle von weltmarktorientierten Zentren und ›unbrauchbarer Peripherie‹) ist angewachsen. Inseln des Fortschritts sind entstanden. Der Rückgang der absoluten Armut ist fast ausschließlich ein städtisches Phänomen, 68 Prozent der Landbevölkerung bleiben weiterhin arm. Als ›Selective Prosperity‹ bezeichnet dies die Menschenrechtsorganisation PAHRA. Unsinn zu glauben, die globale Ökonomisierung hätte eine marktverursachte Umverteilung zur Folge; sie spaltet die Gesellschaften des Südens nur weiter.

Hinter den Zahlen des philippinischen Wirtschaftswunders verbirgt sich viel Elend. Die 1994 mit großem Brimborium verabschiedete *Social Reform Agenda* ist weitgehend wirkungslos geblieben und wurde durch die neoliberale Wirtschaftspolitik konterkariert (vgl. SOA 98-1).

Die Auswirkungen der asiatischen Wirtschaftskrise verstärken bloß diese Effekte, sind aber nicht ihre Ursache. Vielmehr muß man befürchten, daß die Philippinen Pate stehen für das, was nun den anderen Ländern Südostasiens bevorsteht. In den Philippinen sind die Strukturanpassungen am weitesten fortgeschritten, von den anderen Ländern verlangt der IWF nun dieselbe Kur.

Was bedeuten diese allgemeinen Entwicklungen für einzelne Bereiche der philippinischen Gesellschaft? Wo werden durch diese neoliberale Orientierung wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verletzt und Menschen so um ihre Würde gebracht? Ein Blick in einige Sektoren der Gesellschaft soll ein klareres Bild verschaffen.

Ernährungs-souveränität

Esst weniger! Habt ihr bislang dreimal am Tag gegessen, dann esst nur noch zweimal.. Habt ihr zweimal gegessen, genügt auch einmal. So könnt ihr Geld sparen. (Ratschlag des Gouverneurs von Cebu an die hungrigen Bauern, PDI, 22.4. 1998)

In seiner Weltmarktorientierung vernachlässigt *Philippines 2000* die Frage von Ernährungssouveränität, d.h. die Möglichkeiten und Mittel von Land und Leuten, für ihre Grundbedürfnisse eigenständig sorgen zu können. Der Anbau weltmarktauglicher, devisenbringender Produkte (wie Bananen, Ananas, Schnittblumen) geht vor, die Anbaugelände für Reis und Mais wurden um die Hälfte reduziert. So ist die Reisproduktion im letzten Jahr um 13,7 Prozent zurückgegangen, die Maisproduktion sogar um 23,48 Prozent. Die Nahrungsmittelimporte haben stark zugenommen.

Durch steigende Landpreise, aber auch eine selektive Subventionierung exportorientierter Landwirtschaft verdrängt der Markt die Kleinbauern von ihrem fruchtbaren Land und erhöht das Heer der landlosen, arbeitslosen und existenzsicherungslosen Bevölkerung. Eine zunehmende Konzentration des Landbesitzes und der Produktion sind zu verzeichnen.

Neben der Industriefixierung von *Philippines 2000* und der Förderung des Tourismus trägt die zunehmende Privatisierung der Nahrungsmittelproduktion zur Verschlechterung der Ernährungssituation bei. Die Hungersnot auf Mindanao — durch El Niño verursacht —, von der 3,6 Millionen Menschen betroffen sind, wäre weniger katastrophal ausgefallen, wenn fruchtbares Land nicht anderweitig genutzt würde und die Regierung mehr als nur symbolische Hilfsleistungen gewährt hätte.

Landreform

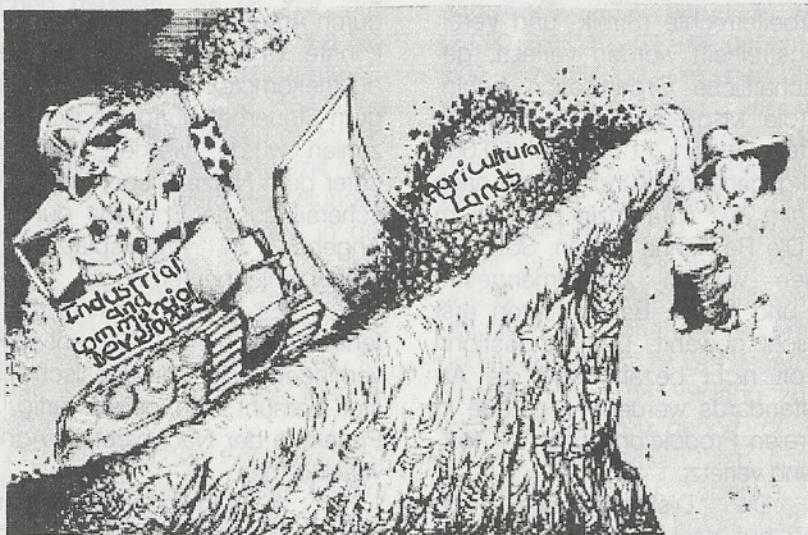
Das groß angekündigte umfassende Agrarreformprogramm (CARP) erweist sich letztlich als Bluff. Mehr und mehr bebaubares und gar fruchtbares Land, das vom Staat erworben und in familiengerechte Einheiten aufgeteilt werden sollte, wird in industrielle Zentren, kommerziell genutzte Flächen, d.h. in Großplanta-

gen, in Touristenzentren, Golfplätze oder in Bauland für den gehobenen Wohnungsbau umgewandelt und so der Landreform entzogen. Nur 57 Prozent der anvisierten, (noch) nicht von den zahlreichen Ausnahmen betroffenen, Landfläche von 4,29 Millionen Hektar wurden bislang an Berechtigte verteilt. 200.000 Hektar Ackerland wurden — häufig illegal — umgewandelt. [PDI, 24.6.1998] In den ersten fünf Jahren wurden durch die zunehmenden Ausnahmeregelungen 33 Prozent des anvisierten Landes der anstehenden Verteilung wieder entzogen. Nur 20 Prozent der Flächen über 50 Hektar wurden bislang verteilt.

Bergbaugelände etc. umgewandelt. Und im Süden Mindanaos wurden im letzten Jahr 10.000 Hektar fruchtbareres Land für »höherwertige« Landnutzungen bereitgestellt.

Die Arbeitswelt

Die Arbeitslosigkeit wächst: Waren noch im April 1997 10,4 Prozent arbeitslos, so sind es dieses Jahr 13,3 Prozent gewesen. 4,3 Millionen Menschen sind mittlerweile ohne Arbeit. Und diese Arbeitslosenquote ist wenig aussagekräftig, denn sie klammert Unterbeschäftigung und Arbeitsmigration aus und bezieht in-



Quelle: FEHLT NOCHI

Selbst die Bewilligung von Landeigentumsscheinen (Certificates of Land Ownership Awards — CLOAs) garantiert für nichts; sie können nachträglich wieder entzogen werden. So hat im Falle der Hacienda Loooc die Behörde für Agrarreform die CLOAs der Bauern annulliert, ein Investor plant auf ihrem Land nun ein Touristikzentrum. Insgesamt wurden im letzten Jahr allein im Stadtgebiet von Davao 2000 CLOAs zurückgenommen, davon waren 1 708 Bauern und ihre Familien betroffen.

Steigender Wert von Landgebieten in der Nähe der boom towns macht eine Umsetzung der Landreform dort noch unwahrscheinlicher. Der Boom auf der Insel Cebu, nach Manila zweitwichtigstes Wirtschaftszentrum des Landes, hat zur Vertreibung von 80.000 Bauern durch illegale Landumwandlung geführt. 67 Prozent des bebaubaren Landes der Insel wurden bislang in Industrieparks,

formelle Beschäftigung mit ein. Die »Beschäftigungsknappeitsquote« der Sozialforschungsstelle Ibon korrigiert diese Mängel und kommt so 1996 bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von »bloß« 8,6 Prozent auf eine Beschäftigungsknappeitsquote von 36 Prozent.

Zur Zeit dürfte diese um einiges höher liegen, denn die Wirtschaftskrise treibt Filipinos und Filipinas verstärkt ins (nicht-asiatische) Ausland. 1997 sind mit 747.696 Filipinos und Filipinas so viele wie nie zuvor ins Ausland gegangen.

Philippines 2000 setzt massiv ArbeiterInnen und Ba(ä)uerInnen frei, schafft jedoch keine hinreichenden neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Rationalisierung im öffentlichen Sektor wie auch in der Privatwirtschaft führen zu höherer Arbeitslosigkeit und die so umworbenen ausländischen Investoren schaffen kaum neue Arbeitsplätze.

Gerade in ihrer Voreingenommenheit für die Großunternehmen geht die neoliberale Wirtschaftspolitik zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe, die in der Regel arbeitsintensiver produzieren. Die ungeschützte Öffnung des Binnenmarktes für die übermächtige ausländische Konkurrenz führt zum Sterben der nicht konkurrenzfähigen Klein- und mittleren Betriebe, zu ökonomischer Konzentration, Kartell- und Oligopolbildung. Sie verdrängt Millionen ProduzentInnen im Subsistenzsektor und kleine und mittelständische Unternehmer aus dem formellen Sektor.

Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, Gelegenheitsarbeit und Auslagerung nehmen zu. Arbeiterrechte (Streik- und Vereinigungsfreiheit) werden verletzt, gewerkschaftliche Organisation behindert (die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ist von 71.000 auf 39.000 zurückgegangen). Kündigungen nach dem *hire and fire*-Prinzip greifen um sich. Die Reallöhne sinken, Sozialleistungen werden zusammengestrichen und neuen Beschäftigten erst gar nicht gewährt. Der Mindestlohn wird oft nicht bezahlt und die Arbeitsstandards werden — gerade in den freien Produktionszonen — fortwährend verletzt.

Die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt in all ihren Formen nimmt zu.

Umwelt

Nicht nur die Menschen, auch die Natur wird Opfer von Entwicklungsaggression. Entwaldung und Erosion, Wasserverschmutzung und die Zerstörung maritimer Flora und Fauna, der Verlust an Artenvielfalt — all dies sind Folgen eines zügellosen Wachstumsdenkens.

Die einst umfangreichen Waldbestände des Landes werden in einem atemberaubenden Tempo abgeholzt. Waren 1982 noch 40 Prozent des Landes von Wäldern bedeckt, so sind es 1996 nur noch 20 Prozent gewesen. Nur 3 Prozent der Waldfläche Marindiques hat die Abholzlizenz (FTAA) der Firma Marcopper überlebt.

Doch diese Politik rechnet sich nicht einmal. So zieht der Jahresreport der Menschenrechtsorgani-

sation TFDP das Fazit: »Unter dem Strich werden die Verluste, die Bauern, Fischer, und schließlich das ganze Land durch die Verschmutzung der Gewässer, des Grundwassers, die Beschädigung der Bewässerungssysteme, durch die erhöhte Wahrscheinlichkeit und gravierenderen Folgen von Erdbeben, Flurbereinigung oder Flut- und Hungerkatastrophen, erleiden müssen, jegliche wie auch immer gearteten Einkünfte, die die Ausbeutung der Natur mit sich bringt, übertreffen.« Für einen industriellen Komplex zur Zementproduktion in Bolinao/Luzon hat das Umweltministerium (DENR) errechnet, daß das Zementwerk mehr Bauern- und Fischerfamilien ihrer Lebensgrundlagen berauben würde, als es durch Arbeitsplätze wieder auffangen könnte. Und die Steuern, die der Industriekomplex nach einer fünfjährigen Steuerbefreiung möglicherweise zahlen würde, werden bei weitem unter dem Nutzen liegen, den die Fischereiindustrie Bolinaos durch das Angebot an Arbeitsplätzen und Steuerzahlungen erbringt.

Es gelang der kritischen Öffentlichkeit, dieses Zementwerk zu verhindern. Der taiwanesischen Investor bemüht sich gegenwärtig, sein Projekt in der Nachbarstadt Agno zu verwirklichen.

Auch in anderen Fällen ist es dem öffentlichen, zivilgesellschaftlichen Protest zu verdanken, daß die Entwicklungspolitik nicht noch rücksichtsloser mit den natürlichen Lebensgrundlagen umgeht. So konnte allein der anhaltende Protest im April dieses Jahres Ramos davon abbringen, das Verbot des Holzeinschlags in Urwäldern (gerade der weltweit gefragten Mahagonibäume) aufzuheben.

Bergbau

Die größte Umweltbedrohung geht zur Zeit von den Aktivitäten der ausländischen Bergbauunternehmen aus. Sie können in den an Bodenschätzen und Edelmetallen reichen Bergen nahezu auflagenlos ihrem Handwerk nachgehen — »Standortsicherung« nennt sich dies. Der Tagebau — fünfzig mal landintensiver und umweltschädlicher als der Untertagebau — jedoch unter verzerrten Marktpreisen billiger — läßt

den Baumbestand schrumpfen, vertreibt die Indigenen von ihrem Land und vernichtet die Wasserressourcen. Der Marcopper -Unfall im März 1996 verseuchte durch Einleitung von Abfällen auf der Insel Marindique zwei Flüsse und führte zur Vertreibung von über 15 000 Familien. Den immens hohen Wasserverbrauch der Bergbauaktivitäten dürfte eine Mitschuld an der Hungerkatastrophe auf Mindanao dieses Jahr treffen.

Über zwei Millionen Hektar Land sind schon an private Investoren vergeben worden, weitere 5,6 Millionen Hektar wurden beantragt. Das würde bedeuten, daß schließlich 26 Prozent des ganzen Landes der kommerziellen Ausbeutung durch ausländische Bergbauunternehmen unterworfen wäre, in manchen Provinzen sind es jetzt schon über 40 Prozent.

Umweltverträglichkeitsscheine (die sogenannten environmental compliance certificates — ECCs) sind leicht zu erhalten und werden dann kaum überwacht. So können ausländische Konzerne permanent und meist straflos die Umweltauflagen mißachten.

Das gewaltige Haushaltsdefizit, die enorme Schuldenlast, die schwindenden Devisenreserven und die verstärkte Konkurrenz mit anderen Volkswirtschaften um ausländische Investitionen üben einen hohen Reiz aus, kurzfristige Verwertungsinteressen über langfristige Erhaltungsinteressen zu stellen und den Raubbau an der Natur mit unverminderter Härte fortzuführen.

Gerade die Armen sind von Umweltzerstörung und Raubbau an der Natur existentieller betroffen als andere gesellschaftliche Gruppen, da ihr Lebensunterhalt viel unmittelbarer auf eine intakte Natur angewiesen ist.

Indigene Bevölkerung

Gerade die indigene Bevölkerung hat unter dem gesetzlichen Vorrang des »nationalen Entwicklungsinteresses« zu leiden. Sie ist von nahezu allen bislang beschriebenen Entwicklungsaggressionen besonders betroffen. Die angestammten Völker werden von ihrem Land vertrieben und leiden unter der schrankenlosen Umweltverschmutzung, sie sind in besonderer Weise Opfer der

Aktivitäten der Bergbau- und Holzfällerunternehmen. Auch öffentliche Großprojekte zur Verbesserung der Infrastruktur (Staudämme, Kraftwerke) bedrohen ihre Lebensgrundlage.

Das unterschiedliche Eigentumsverständnis der modernen philippinischen Gesellschaft und traditionellem Landrecht macht Indigene zu squatters, d.h. zu illegalen Siedlern auf ihrem eigenen angestammten Land.

Und so merkwürdig es klingt: Auch der Umweltschutz geht auf ihre Kosten. Um Umweltvereinbarungen einzuhalten werden bestimmte, weltmarktfremde Gebiete als absolut schützenswert deklariert, keine ökonomische Aktivität und keine menschliche Besiedlung dürfe hinfort dort stattfinden. Die dort ansässigen Völker werden dann gezwungen, ihr Land zu verlassen.

Die Vertreibung vom eigenen Land kommt für die Indigenen einer kulturellen Vernichtung gleich; die darauf folgende Integration in die Tieflandbevölkerung führt zu erzwungener Assimilation und ergo zur kulturellen Auslöschung.

Unter erzwungener Mobilität und erzwungenem Strukturwandel, der im Geiste des (ökonomistischen) Modernisierungsparadigmas vonstatten geht, haben Indigene (seit jeher!) in besonderer Weise zu leiden.

Fazit

Es ist in Zukunft eine wichtige Aufgabe der Menschenrechtsarbeit, das gesellschaftliche Bewußtsein für die Gleichwertigkeit, *Unteilbarkeit und Relationalität* von politischen und zivilen wie sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechten zu wecken und zu stärken. TFDP hat darum im September 1996 seinen Auftrag auf die Arbeit für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte erweitert.

Alles neu macht der Mai?

»Erap für die Armen« (Erap para mahirap) — so lautete der Wahlkampfeslogan des neuen Präsidenten Joseph »Erap« Estrada. Gerade das überwältigende Votum der armen Wähler hat ihn die Wahlen gewinnen lassen. Seine Antrittsrede war entsprechend.

»Es ist Zeit« — so Estrada — »den einfachen Leuten einen größeren Anteil am nationalen Wohlstand zu geben. Warum muß ökonomischer Fortschritt immer auf Kosten des Volkes gehen? Müssen wir Fortschritt stets in Golfplätzen für die Reichen messen? Es ist Zeit, den Massen höchste Priorität in den Regierungsprogrammen einzuräumen. Es gibt Dinge, die eine Regierung auch in den schlechtesten ökonomischen Zeiten tun kann.« Nur mit neuen politischen Weichenstellungen könne die Freiheit, die 1986 in der samtenen Revolution erkämpft worden ist, auch Bedeutung bekommen. Freiheit von Unterdrückung sei 1986 erreicht worden, nun sei es Zeit, für Freiheit von Angst und von Mangel zu sorgen.

Die üblichen Fensterreden? Vielleicht auch nicht. Denn anders als Ramos betont »Erap« immer wieder, daß ihm neoliberaler Purismus nicht behagt. Wiederholt stellt er den Durchsickereffekt in Frage und plant staatliche Interventionen, um die Armen v.a. ökonomisch zu stärken. Während Ramos verlauten ließ, er wolle, statt den Einkommenskuchen aufteilen, lieber einen größeren Kuchen backen, will Estrada bewußt die Kluft zwischen Arm und Reich überbrücken, er erkennt auch relative Armut als Problem und Ärgernis an.

Estrada predigt good governance, d.h. er will die Effizienz staatlichen Handelns verbessern, die Korruption bekämpfen und statt personalisierter Klientelpolitik (*pork barrels*) staatliche Entwicklungsfonds schaffen.

Der neue Präsident will Kleinproduzenten und Mittelstand stärken, ihnen in Form von Vorzugskrediten oder Subventionen staatliche Mittel bevorzugt zur Verfügung stellen.

Er plant ein nationales Landnutzungsprogramm, das gerade fruchtbare Ländereien exklusiv für heimische Nahrungsproduktion reservieren soll. Gebiete, die unter dieses Programm fallen, dürften dann weder für nicht-landwirtschaftliche Produkte zweckentfremdet noch von der Agrarreform ausgenommen werden. Ein breitangelegtes Bewässerungsprogramm soll diese Ländereien zudem produktiver machen.

Doch ein bankrotter Staat hat kaum Spielraum für ausgabenintensive Programme. Ein Grund dafür, daß seine Verlautbarungen uneindeutig bleiben, daß er generell auf eine Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik setzt. Der Schuldendienst habe weiterhin höchste Priorität, die Privatisierungswelle soll weitergehen, der nationale Energieversorger NAPOCOR und öffentliche Güter wie Post, Flughäfen, Straßen und Brücken sollen verkauft werden, um die Staatseinnahmen zu erhöhen und ihre Effizienz zu verbessern. Der Einzelhandel, der bislang zu den wenigen Sektoren gehört, der Ausländern verschlossen blieb, soll liberalisiert werden, ebenso das Landrecht, mit der Folge, daß Ausländern nun nicht nur die lange Pacht, sondern auch der Besitz von Land erlaubt werden soll. Viele befürchten nun einen völligen Ausverkauf des Landes.

Estradas wirtschaftspolitische Marschrichtung spricht viel von Kontinuität, weist jedoch zumindest neue Schwerpunkte auf. Er scheint die Quadratur des Kreises zu probieren: sozial verträgliche Strukturpassungsprogramme. Er akzeptiert den Imperativ von der Unausweichlichkeit weiterer Sparprogramme, sie sollen allerdings nicht länger zu Lasten der Armen gehen.